



Menschenwürdige Arbeit in der globalisierten Welt

Eine Orientierungshilfe
der Deutschen Kommission Justitia et Pax
und des DGB

Bonn/Berlin, 28. April 2007

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Tel: 030 – 24060-0
Fax: 030 – 24060-324
e-mail: info.bvv@dgb.de

Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161
53113 Bonn
Tel: 0228 – 103217
Fax: 0228 – 103318
e-mail: [Justitia et Pax@dbk.de](mailto:Justitia_et_Pax@dbk.de)

Gliederung

Einführung

Menschenwürdige Arbeit in der globalisierten Welt

Eine Orientierungshilfe der Deutschen Kommission Justitia et Pax
und des DGB

1. Arbeit - Ausdruck gelungenen individuellen und sozialen Lebens
2. Grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit
3. Soziale und ökonomische Dimension der Arbeit –
zwei Seiten einer Medaille
4. Menschenwürdige Arbeit- Verpflichtung zur Solidarität
5. Förderung von menschenwürdiger Arbeit
 - 5.1 Herausforderungen in Gesellschaften mit hoher informeller
Beschäftigung
 - 5.2 Herausforderung in Gesellschaften mit überwiegend
formeller Beschäftigung
6. Fazit

Anhang: Weiterführende Literatur

Einführung

Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts nimmt der Anteil der Arbeitenden in nicht-registrierten und nicht-vertraglich abgesicherten Verhältnissen weltweit dramatisch zu. In vielen Ländern Asiens und Afrikas beträgt die Anzahl der überwiegend weiblichen informell Beschäftigten zwischen 50 und 90% der Gesamtbeschäftigten. Aber auch in den mittel- und osteuropäischen, sowie den Ländern der EU kann man ein Ansteigen der Arbeiterschaft in unregulierten Verhältnissen feststellen. Fortschreitende Globalisierung mit unregelter Öffnung der Produkt- und Dienstleistungsmärkte und ungezügelter Wirtschaftswachstum fördern den Konkurrenzkampf um günstige Standorte, der auf Kosten der Qualität der Arbeitsverhältnisse und deren Sicherheit geht. Auch in Deutschland verursacht die Prekarisierung und Informalisierung der Arbeitswelt eine hohe Verunsicherung und wird zunehmend als Benachteiligung erlebt.

Ihrem Selbstverständnis nach sind Gewerkschaften und Kirche Einrichtungen, denen es auch um die Anerkennung und Verwirklichung fundamentaler Rechte von Benachteiligten in der Gesellschaft geht. Dies gilt sowohl für Gewerkschaften in Ländern mit hoher gewerkschaftlicher Organisation als auch in Ländern, in denen Verbände, Selbsthilfeorganisationen, Bildungseinrichtungen nicht zuletzt mit Hilfe kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit die Anliegen informell Arbeitender zu unterstützen suchen.

Daher liegt es nicht fern, dass Kirche und Gewerkschaft sich zusammen den Herausforderungen der Globalisierung im Blick auf Benachteiligte stellen. Bezüglich der Arbeitswelt ist es die Herausforderung, dass bei aller wirtschaftlichen Liberalisierung und allem Wachstum die Würde derjenigen, die wirtschaftliches Tun durch ihre Arbeitskraft im Erwerb und in Gesellschaft erst möglich machen, geschützt wird, auch wenn sie nicht in rechtlich gesicherten Erwerbsarbeitsverhältnissen tätig sind.

Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax*, in der katholische weltkirchliche Einrichtungen, Verbände und Bischofskonferenz für Entwicklung, Menschenrechte und Frieden zusammenwirken, und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wollen mit dieser Orientierungshilfe auf dem Hintergrund ihrer gemeinsamen Aktivitäten zur Organisation in der informellen Wirtschaft, das Konzept menschenwürdiger Arbeit aufgreifen, seine Impli-

kationen auf die Gestaltung der Beschäftigungspolitik beschreiben und damit ihren Einsatz für menschenwürdige Arbeit begründen. Justitia et Pax schöpft dabei aus den Quellen der christlichen Spiritualität und der katholischen Soziallehre. Für die Gewerkschaften ist eine Gesellschaft, die auf den Eckpfeilern Selbsthilfe, Solidarität und sozialer Reform beruht. Das Leitbild, Gemeinsam knüpfen DGB und Justitia et Pax an die Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen an, das ‚Konzept der menschenwürdigen Arbeit‘, wie es die ILO formuliert hat, im internationalen Kontext für die Gestaltung der zukünftigen Beschäftigungspolitik umzusetzen.

Damit setzen wir unsere Zusammenarbeit zum Phänomen der Ausweitung der informellen Arbeit fort. Entwicklungspolitisch wollen wir einen Beitrag leisten zur Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die Zahl der Armen in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren und eine Partnerschaft für Entwicklung zwischen armen und reichen Ländern aufzubauen. Es geht aber auch um die Gestaltung der Beschäftigungspolitik in Europa, damit Verunsicherungen der Beschäftigten abgebaut und Solidarität gefördert werden.

Menschenwürdige Arbeit in der globalisierten Welt

Eine Orientierungshilfe der Deutschen Kommission Justitia et Pax und des DGB

1. Arbeit - Ausdruck gelungenen individuellen und sozialen Lebens

Menschliche Arbeit umfasst eine Fülle von Aspekten, die nicht allein auf den Einkommenserwerb und die ökonomische Absicherung reduziert werden darf, so grundlegend und unentbehrlich diese Funktion der Erwerbsarbeit heute auch ist. Sowohl die Christliche Soziallehre als auch die Gewerkschaftsbewegung haben stets die umfassende Bedeutung der Arbeit für die einzelnen Menschen und die Gemeinschaft der Menschen betont und daraus konkrete politische Forderungen abgeleitet. Die Arbeit fordert die Menschen in ihrer Kreativität, ihrer Flexibilität, ihrer Offenheit, sie bleiben geistig und körperlich in Bewegung. Insofern liefert die Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Selbstverwirklichung des Menschen. Außerdem ist die Teilhabe an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ein zentraler Schlüssel für die gesellschaftliche Partizipation. Gleichwohl haben auch aber die Familienarbeit sowie ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im christlichen und gewerkschaftlichen Verständnis stets einen hohen Stellenwert. In all ihren Ausprägungen ist menschliche Arbeit essentiell für die Wahrung und Achtung der Würde des Menschen und ein Ausdruck des sozialen Lebens, denn:

- Arbeit hat einen hohen Stellenwert für den einzelnen Menschen, da er durch sie den Lebensunterhalt erwirtschaftet und seine Kreativität und Schaffenskraft erleben kann und dadurch auch Beziehungen zu anderen Menschen herstellt.
- Arbeit bestimmt Tages- und Lebenslauf und ändert sich in Abhängigkeit von Anforderungen aus dem sozialen Umfeld (Pflege-, Erziehungs-, Familienzeiten).
- Arbeit beschränkt sich nicht auf die Erwerbstätigkeit und ist wichtig für die Entwicklung und Stabilität der Gesellschaft, in die der arbeitende Mensch eingebunden ist.
- Arbeit hat eine solidarische Dimension und darf daher nicht allein betriebsökonomisch, sondern muss auch volkswirtschaftlich bewertet werden.

- Arbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand.
- Arbeit strengt auch an, Arbeit erschöpft, deshalb braucht man Zeit für „Regeneration“, abhängige Arbeit erfordert deshalb einen Schutzraum.

2. Grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit

Aufgrund der überragenden Bedeutung der Arbeit für das menschliche Leben wurde das ‚Recht auf Arbeit‘ als eines der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen beschrieben. Grundlage dafür wie für alle anderen Menschenrechte ist die allen Menschen unterschiedslos und in gleicher Weise zukommende Würde. Deshalb ist Arbeit qualitativ etwas anderes als der Produktionsfaktor Kapital (und der Produktionsfaktor natürliche Ressourcen). Dennoch wird Arbeit oft nur als Produktions- und Kostenfaktor verstanden und wie eine Rechengröße beliebig verschoben, ohne den umfassenden Charakter von Arbeit und deren existenzielle Bedeutung zu berücksichtigen. Auch werden z.B. betriebliche Ausgaben in Sachkapital als Investitionen verbucht, aber menschliche Arbeit in der Regel nicht als Investition in das kostbarste Vermögen eines Unternehmens. Dies widerspricht unserem gemeinsamen Verständnis von Arbeit, wie es Menschen in den verschiedenen spirituellen und werteorientierten Traditionen erlernt und in ihren Kulturen jeweils mit sozialen Regeln gestaltet haben. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat erkannt, dass eine international verbindliche gemeinsame Basis für dieses Verständnis gefunden werden muss. Dabei wird zwischen dem „Recht auf Arbeit“ und den „Rechten bei der Arbeit“ zwar unterschieden, aber wegen ihrer engen Verknüpfung im **Konzept menschenwürdiger Arbeit** zusammengeführt. Die vier Eckpunkte des Konzepts sind somit neben der sozialen Sicherung, der Förderung von Beschäftigung und dem sozialen Dialog auch die so genannten „Grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“. Zu diesen Prinzipien, die auch Kernarbeitsnormen genannt und in acht Übereinkommen der ILO ausformuliert werden, gehören das Recht sich zu organisieren (Übereinkommen 87 von 1948) und zu verhandeln (Übereinkommen 98 von 1949), die Beseitigung von Zwangsarbeit (Übereinkommen 29 von 1930 und 105 von 1957), die Abschaffung von Kinderarbeit (Übereinkommen 138 von 1958 1973 und 182 von 1999) sowie das Diskriminierungsverbot (Übereinkommen 100 von 1951 und 111 von 1958).

3. Soziale und ökonomische Dimension der Arbeit – zwei Seiten einer Medaille

Die erwerbsfähige Person durchläuft mehrere Lebens- und damit Beschäftigungsphasen. Die Ausgestaltung der Arbeit kann in diesen Phasen nicht immer gleich sein, sondern muss unterschiedliche individuelle, biographische, gesellschaftliche und ökonomische Anforderungen jeweils angemessen berücksichtigen. Hiervon profitiert nicht nur der Einzelne sondern auch die Gesellschaft und die Unternehmen, die ältere, mittlere, junge und die nachfolgenden Generationen. Ein gutes Bildungs- und Weiterbildungssystem gewährleistet den Erfolg unternehmerischen Tuns und die positive Entwicklung einer pluralistischen Demokratie. Eine moderne, die Erziehung von Kindern unterstützende Familienpolitik, stabile soziale Sicherungssysteme, die Förderung politischen und ehrenamtlichen Engagements sichern den sozialen Frieden. So profitieren Gesellschaften und Unternehmen gleichermaßen von einer Politik der menschenwürdigen Arbeit.

4. Menschenwürdige Arbeit- Verpflichtung zur Solidarität

Die soziale Dimension der Arbeit muss sich auch in der länder- und kulturübergreifenden Solidarität im internationalen Kontext erschließen, z.B. mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in transnationalen Unternehmen. Darüber hinaus ist Solidarität erforderlich mit den prekär und informell Beschäftigten besonders auch mit den zu uns entsandten Arbeitskräften und Scheinselbständigen aus anderen Ländern, die von den deutschen sozialen Absicherungen und Rechten – legal oder illegal – häufig ausgeschlossen sind. Sie verfügen oft nur über ein geringes Einkommen und sind teilweise nicht gegen Krankheits-, Alters- und Arbeitslosigkeitsrisiken abgesichert. Ihnen wird eine weit reichende Mobilität abverlangt, doch an Weiterbildungsmöglichkeiten und Perspektiven für ein planbares Erwerbs- und Familienleben fehlt es. Dies hat nicht nur für die einzelnen Erwerbspersonen gravierende materielle und psychische Folgen, sondern wirkt sich auch volkswirtschaftlich aus, z.B. in dem Wegzug dringend benötigter Fach- oder Spezialkräfte aus ärmeren Ländern, wodurch die positive ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung wirtschaftlich schwächerer Staaten gehemmt wird.

Länder- und kulturübergreifende Solidarität ist in Zeiten der Globalisierung keine humanitäre Geste, sondern eine Notwendigkeit. Sie nützt den von schlechten Bedingungen Betroffenen unmittelbar und ist zugleich das beste Mittel, um die weitere Ausbreitung solcher Bedingungen überall zu verhindern. Nur durch Solidarität kann es gelingen, die Arbeit für alle menschenwürdig zu gestalten.

5. Förderung von menschenwürdiger Arbeit

Die Informalisierung des Arbeitsmarktes wird durch die Globalisierung der Märkte verstärkt. Die damit auch einhergehende wirtschaftliche Arbeitsteilung fördert z.B. die Entkoppelung bestimmter Dienstleistungen und Produktionsschritte vom Kernunternehmen bis hin zur Heimarbeit in Scheinselbstständigkeit. Selbst die Möglichkeit, mit der Abwanderung von Arbeitsplätzen in billigere Länder zu drohen, bleibt bestehen, solange bis weltweit Vereinbarungen zum Schutz von Beschäftigung getroffen werden.

Schon jetzt ist die Situation dramatisch, denn in vielen Ländern arbeiten weit mehr als zwei Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung in der so genannten informellen Wirtschaft. Menschenunwürdige Arbeit ist hier besonders ausgeprägt und oft der traurige „Normalfall“.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes bedeutet für die meisten Betroffenen eine tiefe Verunsicherung für ihre Lebensgestaltung und -planung. Weder die internationale noch die nationale Beschäftigungspolitik hat bisher schlüssige Konzepte entwickelt, die diese negativen Entwicklungen eindämmt, damit Menschen durch ihrer Hände Arbeit (über)leben können und vielleicht sogar einen gewissen Wohlstand und Sicherheit für sich und ihre Angehörigen erlangen. Individuelle menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse müssen mit ökonomischen Erfordernissen in Arbeitsprozessen möglichst weit in Einklang gebracht bzw. austariert werden.

5.1 Herausforderungen in Gesellschaften mit hoher informeller Beschäftigung

In vielen Ländern mit einem hohen Anteil informell arbeitender Menschen tragen diese in erheblicher Weise zur Wertschöpfung bei, ohne dass dies

statistisch erfasst wird. Dennoch leben die meisten informell Arbeitenden in Armut. Basis- und selbsthilfeorientierte Projekte der Armutsbekämpfung setzen zunächst mit Bildungsangeboten und Ausbildungsbeihilfen an, ermöglichen Erstausstattungen zum Start eines Geschäftes und suchen den Zugang zu Kleinkrediten zu verbessern. Obwohl die Entwicklungszusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes in den Blick nimmt, wird jedoch noch zu selten die Bedeutung des Rechts der Organisationsfreiheit, des Rechts auf freie politische Meinungsäußerung, das Recht auf gemeinsame Interessenvertretung in der informellen Wirtschaft berücksichtigt.

Von den Gesetzgebern sind verlässliche Rahmenbedingungen für die Selbstorganisation von informell abhängig oder selbstständig Beschäftigten zu schaffen. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und die Gründung von Unternehmen müssen unbürokratisch und rasch möglich sein. Oftmals sind gerade informell Arbeitende aufgrund ihres ungeklärten Status in hohem Maße der Willkür von Ordnungskräften ausgesetzt. Diese Situation blockiert das Wachstum der unternehmerischen Aktivität und verhindert dadurch die Schaffung weiterer Arbeitsplätze. Rechtssicherheit führt somit nicht nur zu mehr Arbeitsplätzen sondern erleichtert auch die Durchsetzung von Kernarbeitsnormen in Gesellschaften mit einem hohen Anteil informell arbeitender Menschen.

Regierungen müssen sich auf eine Politik der Beschäftigungsförderung und Sicherung des sozialen Friedens verpflichten lassen. Transnational agierende Unternehmen und Privatinvestoren sollten ihre Unternehmenspolitik in Ländern mit hohem Anteil informell Beschäftigter so ausrichten, dass sie keinesfalls die informelle Arbeit in ihre Konzernpolitik durch Arbeitsplatzabbau und „Outsourcing“ integrieren, sondern die Schaffung „offizieller“, qualifizierter und sozial abgesicherter Arbeitsplätze anstreben.

Um menschenwürdige Arbeit zu schaffen, müssen beschäftigungspolitische Maßnahmen

- organisierte Selbsthilfe der abhängig Beschäftigten und der kleinen Selbständigen fördern
- beschäftigungspolitische Instrumente- und bildungspolitische Strukturen stärken
- für den politischen und sozialen Dialog qualifizieren

- Korruption bekämpfen
- und den Arbeitsmarkt fair regulieren, weil Arbeit keine Ware ist wie andere Güter und auch als Produktionsfaktor von anderer Qualität ist als der Produktionsfaktor Kapital.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss diese Anstrengungen in kohärenter Weise unterstützen.

5.2 Herausforderung in Gesellschaften mit überwiegend formeller Beschäftigung

In Ländern mit überwiegend formeller Arbeit wiederum, die sich mit zunehmender Informalisierung und dem Abbau der sozialen Errungenschaften durch globalen Wettbewerb konfrontiert sehen, muss Beschäftigungspolitik darauf ausgerichtet sein, den Wandel der Anforderungen in der Arbeitswelt sozial verträglich zu gestalten, um den sozialen Frieden aufrecht zu halten. Beschäftigungspolitik ist kein isoliert zu betrachtendes Arbeitsfeld, insbesondere ist sie im Zusammenhang mit internationaler Wirtschaftspolitik und nationaler Bildungs- und Familienpolitik zu sehen. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU erfordert die Perspektiverweiterung auf die europäische Beschäftigungssituation.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich auch in Deutschland die Bedingungen am Arbeitsmarkt verschärfen. Deregulierung und ‚Outsourcing‘, mit denen Regierungen und Unternehmen auf die Globalisierung reagieren, schwächen die kollektive Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Hohe Arbeitslosigkeit führt dazu, dass Menschen immer schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren müssen.

Das erste Ziel der Politik muss es sein, menschenwürdige Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, damit alle Männer und Frauen ein Erwerbseinkommen erzielen können. Die hohe Arbeitslosigkeit ist Hauptursache für Ausgrenzung und Verarmung. Die Arbeit muss sozial abgesichert sein, und es müssen faire Löhne gezahlt werden.

Die Arbeitswelt beginnt sich zu spalten. Neben den sozialversicherungspflichtig und tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen, finden sich zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit instabiler Beschäftigung, erhöhten Gesundheitsrisiken und zum Teil ausbeuterisch niedrigen Löh-

nen. In Deutschland müssen 1 Mio. Menschen neben ihrer Erwerbstätigkeit bereits staatliche Unterstützung beantragen, davon arbeiten fast die Hälfte in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis.

Die Schutzbestimmungen müssen den veränderten Gegebenheiten angepasst werden. Hierzu gehören:

- Engagement für internationale soziale Standards bzw. für die Zeichnung und Durchsetzung der entsprechenden Konventionen.
- Existenzsichernde Mindestlöhne, die nicht durch individuelle oder kollektive Vereinbarungen unterschritten werden können.
- Mindestsicherung für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter. Sie dürfen nur beschäftigt werden, wenn die gleichen Beschäftigungsbedingungen gelten wie für inländische Arbeitskräfte.
- Gerade Geringverdienende benötigen eine verlässliche soziale Sicherung, die sie sowohl bei Arbeitslosigkeit und Krankheit schützt als auch eine Existenz sichernde Versorgung im Alter garantiert ohne auf staatlich Almosen angewiesen zu sein.
- Verlässliche und kontrollierte Höchstarbeitszeiten, die gesundheitlichen Verschleiß und Arbeitsunfälle verhindern.
- Bildungs- und Weiterbildungsangebote, die den Menschen ermöglichen am Arbeitsprozess teilzunehmen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.

Auch für illegal im Land lebende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss die Menschenwürde geachtet werden. Hierzu gehört insbesondere der Schutz vor Ausbeutung und eine angemessene Mindestversorgung im Krankheitsfall.

6. Fazit

Im Sinne einer globalen Beschäftigungspolitik ist es somit notwendig, international geltende, auf einem Konsens der ethischen Vorstellungen beruhenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aufzustellen, die den Begriff der menschenwürdigen Arbeit füllen. Darüber hinaus erfordert die naturgegebene begrenzte Mobilität des Beschäftigungsmarktes eine wirksame Regulierung für global durchlässige Märkte wie den Kapitalmarkt, um Beschäftigung nicht aus dem Fokus des Schutzanspruches zu verdrängen.

Von menschenwürdiger Arbeit sprechen wir, wenn

- die Menschenrechte gewahrt bleiben,
- es einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Regulierung der Arbeit gibt,
- die verschiedenen qualitativen Komponenten der menschlichen Arbeit angemessen entlohnt werden (Existenzsicherung, gerechte, leistungs- und qualifikationsentsprechende, aufgabenadäquate und diskriminierungsfreie Entlohnung)
- der Arbeitsmarkt gegenüber Kapital- und Produktmärkten geschützt wird,
- die faire Gestaltung von Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung die Solidargemeinschaft der Menschen stärkt.

In diesem Sinne werden sich Gewerkschaft und Kirche für menschenwürdige Arbeit einsetzen.

Anhang: Weiterführende Literatur

Centesimus Annus

Enzyklika zum hundertsten Jahrestag der Enzyklika ‚Rerum Novarum‘
Johannes Paul II, 1991
Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 101,
Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161,
53113 Bonn

Europäische und Internationale Sozialpolitik

Heft 5, Mai 2006
Hrsg.: DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand,
Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik,
Postfach 110372, 10833 Berlin.

Globalisierung und Sozialer Fortschritt – Die Rolle und Wirkung Internationaler Arbeitsnormen.

Dr. Werner Sengenberger
ISBN 3- 89892-406-8
Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn

Jugend: Wege zur menschenwürdigen Arbeit

Internationale Arbeitskonferenz, 93. Tagung 2005
Internationales Arbeitsamt Genf
ISBN 92-2-715373-X
ILO Publications, CH - 1211 Genf 22, Schweiz

Kompendium der Soziallehre der Kirche

Päpstlicher Rat Gerechtigkeit und Frieden
Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2006
ISBN-10: 3-451-29078-2, ISBN-13: 978-3-451-29078-7

Laborem Exercens

Enzyklika über die menschliche Arbeit zum 90. Jahrestag
der Enzyklika ‚Rerum Novarum‘
Johannes Paul II, 1981
Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 32
Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn

Menschenwürdige Arbeit und die informelle Wirtschaft

Internationale Arbeitskonferenz, 90. Tagung 2002
Internationales Arbeitsamt Genf
ISBN 92-2-712429-2
ILO Publications, CH - 1211 Genf 22, Schweiz

**Philosophische und spirituelle Perspektiven
zur Menschenwürdigen Arbeit**

Herausgegeben von Dominique Peccoud, 2005

ISBN 92-2-714155-3

ILO Publications, CH - 1211 Genf 22, Schweiz,

Fax: +41 22 799 6938; E-Mail: pubvente@ilo.org

**Gewerkschaftsjugend und G 8 2007:
„Gute Arbeit“ und Globalisierung**

Soli extra – Newsletter der DGB Jugend, 3.4.2007

Hrsg.: DGB Bundesvorstand, Bereich Jugend, Henriette-Herz-Platz 2,
10178 Berlin

**Veränderung bewältigen: Einen Rahmen für menschenwürdige
Arbeit schaffen**

Internationales Arbeitsamt, 7. Europäische Regionaltagung, Budapest,
Februar 2005

ISBN 92-2-716757-9

Internationales Arbeitsamt, ILO Publications, CH – 1211 Genf 22, Schweiz

**Work as Key to the Social Question – The Great Social and
Economic Transformations and the Subjective Dimension of Work**

Pontifical Council for Justice and Peace

ISBN 88-209-7380-4

Libreria Editrice Vaticana Vatican City 2002, 00120 Città del Vaticano

www.libreriaeditricevaticana.com



Decent Work in a Globalised World

A Guide from the
German Commission for Justice and Peace
and the German Trade Union Federation

Bonn/Berlin, 28. April 2007

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Tel: 030 – 24060-0
Fax: 030 – 24060-324
e-mail: info.bvv@dgb.de

Deutsche Kommission Justitia et Pax
Kaiserstr. 161
53113 Bonn
Tel: 0228 – 103217
Fax: 0228 – 103318
e-mail: [Justitia et Pax@dbk.de](mailto:Justitia_et_Pax@dbk.de)

Contents

Introduction

Decent Work in a Globalised World

A Guide from the German Commission for Justice and Peace
and the German Trade Union Federation

1. Work – The expression of a successful individual and social life
2. Fundamental rights and principles at work
3. The social and economic dimension of work – two sides of the same coin
4. Decent work – An obligation to act in solidarity
5. The promotion of decent work
 - 5.1 The challenge faced by societies with a high level of informal employment
 - 5.2 The challenge faced by societies with largely formal employment
6. Conclusion

Annex: Further reading

Introduction

The share of those working in employment relationships which are not registered and which are not secured by a contract has been growing at a dramatic rate the world over since the nineteen-nineties. Informal workers – in most cases female – make up between 50 and 90% of all workers in many countries within Asia and Africa. However, it is also possible to observe in the countries of Central and Eastern Europe, as well as in those of the EU, an increase in the number of people engaged in informal employment. Advancing globalisation, accompanied by the unregulated opening of product and service markets and unbridled economic growth, promote competition to provide cheap locations at the expense of the quality of jobs and of job security. The precarisation and informalisation of work leads to considerable insecurity, and is increasingly being perceived as a disadvantage in Germany too.

Both the trade unions and the Church see themselves as being institutions which are concerned with the recognition and realisation of the fundamental rights of the disadvantaged within society. This applies to societies both in countries with a high rate of labour organisation, and in those where associations, self-help organisations and educational facilities seek to defend the concerns of informal workers, not lastly with the help of Church development cooperation.

It is hence plain to see that the Church and the trade unions together should take on the challenges of globalisation relating to those who are disadvantaged by it. As to the world of work, the challenge is to protect the dignity of those who make economic activity possible through their labour at work and in society, despite economic liberalisation and growth, even if these individuals do not work in legally-protected employment.

The German Commission for Justice and Peace, in which Catholic universal church facilities, associations and the Bishops' Conference work together for development, human rights and peace, and the German Trade Union Federation, would like to use this Guide – against the backdrop of their joint activities on organisation in the informal economy – to take up the concept of decent work, to describe its implications as to the design of employment policy, and hence to justify their commitment to decent

work. The approach taken in this endeavour by the Justice and Peace Commission is derived from the sources of Christian spirituality and Catholic social teaching. A society based on the cornerstones of self-help, solidarity and social reform is the guide for the trade unions. Together, the German Trade Union Federation and the Justice and Peace Commission borrow from the efforts of the International Labour Organisation (ILO) and of the United Nations' Human Rights Council to implement the ILO's 'Concept of decent work' in the international context in order to help shape the employment policy of the future.

In this way, we are continuing our cooperation on the phenomenon of the expansion of informal work. In terms of development policy, we would like to make a contribution to reaching the United Nations' Millennium Goals to halve the number of the poor in the world by 2015 and to build a partnership for development between poor and rich countries. It is however also a matter of shaping employment policy in Europe so that employee insecurity is reduced and solidarity is promoted.

Decent Work in a Globalised World

A Guide from the German Commission for Justice and Peace and the German Trade Union Federation

1. Work – The expression of a successful individual and social life

Human work encompasses a large number of aspects which cannot be reduced simply to gaining income and economic security, as fundamental and indispensable as this function of work is today. Both Christian social teaching and the trade union movement have always stressed the comprehensive significance of work for the individual and the human community, and have construed concrete political demands from this conviction. Work promotes people's creativity, their flexibility and their openness; they remain intellectually and physically mobile. In this sense, work makes a significant contribution to a person's self-realisation. Furthermore, participation in the division of tasks within society is a central key to social participation. Nonetheless, however, family work and voluntary and civic commitment have always taken on considerable significance in the understanding of both Christians and of the trade unions. Human work in all its manifestations is vital to conserving and respecting people's dignity, and it is an expression of social life, since:

- Work takes on a high value for individual people, given that it enables them to make a living and experience their creativity and energy for work, thus also establishing relationships with other people.
- Work defines daily and life-time routines, and it changes depending on demands from the social environment (long-term care, child-raising, family periods).
- Work is not restricted to gainful employment, and it is important for the development and stability of a society into which working people are incorporated.
- Work has a solidarity-promoting dimension, and may therefore not be assessed in merely micro, but also macroeconomic terms.
- Work makes a major contribution to the prosperity of a society.
- Work also entails effort; it tires us, and this is why we need time for "regeneration"; dependent work therefore requires a protective area.

2. Fundamental rights and principles at work

Because of the major significance attaching to work for human life, the 'right to work' was described as one of the economic, social and cultural human rights in the United Nations' Universal Declaration of Human Rights. As was also the case for all other human rights, this was derived from the dignity to which all people are entitled equally and without distinction. For this reason, work is different in qualitative terms than the production factor 'capital' (and the production factor 'natural resources'). Nonetheless, work is frequently regarded as merely a production and cost factor which is moved around like a number at will without taking account of the comprehensive nature of work and its existential meaning. A company's expenditure on materials for instance is posted in the books as an investment, but human work is generally not recognised as the investment in a company's most valuable assets which it in fact entails. This runs counter to our shared understanding of work as having been learned by people in the various spiritual and value-orientated traditions and shaped according to social rules in their respective cultures. The International Labour Organisation (ILO) has recognised that an internationally-binding joint foundation for this understanding must be found. A distinction is made here between the 'right to work' and 'rights at work'; these are however brought together to form the **concept of decent work** because they are so closely linked. The four corner points of the concept, in addition to social security, the promotion of employment and social dialogue, therefore include the so-called "Fundamental Principles and Rights at Work". These principles, which are also referred to as core labour standards, and are formulated in eight ILO Conventions, include the right to organise (Convention 87 of 1948) and to collective bargaining (Convention 98 of 1949), the elimination of forced labour (Conventions 29 of 1930 and 105 of 1957), the elimination of child labour (Convention 138 of 1973 and 182 of 1999), as well as the prohibition of discrimination (Conventions 100 of 1951 and 111 of 1958).

3. The social and economic dimension of work – two sides of the same coin

People who are in work pass through several phases of life, and hence of employment. The manifestation assumed by work cannot always be iden-

tical in these phases, but must in each instance accommodate a variety of individual, biographical, social and economic requirements. This benefits not only the individual, but also society and industry, the older, younger and following generations as well as those in between. A good system of basic and further training guarantees the success of entrepreneurial activity and the positive development of a pluralist democracy. A modern family policy supporting child-raising, stable social security systems, the promotion of political and voluntary commitment serve to secure social peace. Thus, societies and enterprises benefit in equal measure from a policy of decent work.

4. Decent work – An obligation to act in solidarity

In solidarity which spans nations and cultures, the social dimension of work must also figure in the international context, such as with staff who work for transnational enterprises. Moreover, solidarity should be practiced with the precariously and informally employed, particularly also with workers who are seconded to our countries, and with those from other countries who work on a bogus self-employed basis, who are frequently excluded from German social security and rights – legally or illegally. They frequently only have a low income and are in some cases not insured against the risks of illness, old-age and unemployment. They are required to be highly mobile, but there is no further training available, and no prospects for a plannable work and family life. This has grave material and emotional consequences for individual workers, but also has an economic impact, for instance when it causes urgently-needed experts and specialists to move away from poorer countries, posing an obstacle to the positive economic and social development of economically weaker states.

Solidarity that spans nations and cultures is not a humanitarian gesture, but it is a necessity in times of globalisation. It directly benefits those affected by poor conditions, and at the same time it is the best means to prevent the further spread of such conditions elsewhere. Only through solidarity is it possible to make work decent for all.

5. The promotion of decent work

The informalisation of the labour market is amplified by the globalisation of the markets. The concomitant economic division of tasks promotes for instance the de-coupling of specific services and production stages from the core enterprise, ranging through to homework in bogus self-employment. The very possibility to threaten to move jobs to cheaper countries will remain until worldwide agreements have been reached to protect employment.

The situation is already dramatic today, given that more than two-thirds of the working population work in the so-called informal economy in many countries. Undignified work is particularly common here, and frequently is the sad normality.

The liberalisation of the labour market means for most of those concerned a profound lack of security to plan their future. Neither international nor national employment policy has so far developed coherent concepts to put a stop to these negative trends so that people can live and survive by the work of their own hands and perhaps even achieve a certain prosperity and security for themselves and their families. Individual human and social needs must be harmonised and balanced with economic requirements in working processes as far as possible.

5.1 The challenge faced by societies with a high level of informal employment

In many countries with a high share of informal workers, such workers make a considerable contribution to value creation without being included in the statistics. Nonetheless, most informal workers live in poverty. Grassroots and self-help-orientated projects aiming to fight poverty start by providing education and subsidising training, providing initial equipment to business start-ups and trying to improve access to microcredits. Although development cooperation of state and civil society players looks at the respective political and economic framework of a country, the significance of the right to organise, of the right of political expression, of the right to represent interests together in the informal economy, is nonetheless still too frequently disregarded.

Legislatures must create reliable framework conditions for the self-organisation of those who are engaged in informal dependent employment or self-employment. Access to social security systems and the establishment of enterprises must be made possible quickly and without undue bureaucracy. Because of their unclear status, informal workers are frequently subject to considerable arbitrary treatment on the part of law enforcement agencies. This situation hinders the growth of entrepreneurial activity, and hence prevents the creation of more jobs. Legal security thus leads not only to the creation of more jobs, but also makes it easier to enforce core labour standards in societies with a high proportion of informal workers.

Governments must undertake to implement a policy of employment promotion and of ensuring social peace. Transnational enterprises and private investors should orientate their corporate policy in countries with a high share of informal workers in such a way that they in no way integrate informal work into their corporate policy by reducing the number of jobs and by "outsourcing", but must strive to create "official", skilled and socially-secure jobs.

In order to create decent work, employment policy measures must

- promote organised self-help on the part of those who are engaged in dependent employment and small-scale self-employment,
- enhance employment policy instruments and educational policy structures,
- qualify for political and social dialogue,
- fight corruption, and
- regulate the labour market in a fair manner because work is not a product like other goods, and also has another quality as a production factor than the production factor capital.

Development cooperation must support these efforts coherently.

5.2 The challenge faced by societies with largely formal employment

In countries with largely formal employment, in turn, which are confronted by increasing informalisation and by reductions in social achievements

caused by global competition, employment policy must aim to make the changes that are underway in the requirements made in the world of work socially just, and by these means must preserve social peace. Employment policy is not a field of work which can be considered in isolation; in particular it must be viewed in conjunction with international economic policy and national educational and family policy. Germany's EU membership requires a broadening of the outlook to include the European employment situation.

It cannot be overlooked that conditions on the labour market are also becoming more difficult in Germany. Deregulation and 'outsourcing', with which governments and enterprises react to globalisation, weaken the collective representation of interests of those in dependent employment. High unemployment leads to a situation in which people must accept ever worsening working conditions.

The first goal of policy-makers must be to secure and create decent employment so that all men and women can make a living. High unemployment is the main cause of marginalisation and impoverishment. Work must be socially secure, and wages must be fair.

The world of work is starting to divide. In addition to employment relationships which are subject to obligatory social insurance and collective agreements, one increasingly finds precarious employment relationships with unstable employment, greater health risks and in some cases exploitative, low wages. One million people in Germany need to apply for state support in addition to their gainful employment, almost half of whom work in an employment relationship which is subject to obligatory social insurance.

The protection regulations must be adjusted to the changed conditions. These include:

- A commitment to international social standards and to the signing and implementation of the corresponding conventions.
- Minimum wages which ensure a livelihood, which cannot be undercut by individual or collective agreements.
- Minimum security for migrant workers. They should only be employed if the same employment conditions apply to them as to domestic workers.

- Those on a low income in particular need reliable social security which both protects them against unemployment and illness, and guarantees them a livelihood in old age without being reliant on alms from the state.
- Reliable, controlled maximum working hours which prevent wear and tear on people's health and accidents at work.
- Basic and further training enabling people to participate in the working process and maintain their employability.

Human dignity must also be conserved for workers living in the country illegally. This includes in particular protection against exploitation and suitable minimum provision in the event of an illness.

6. Conclusion

In order to put in place a global employment policy, it is hence necessary to establish internationally-valid principles and rights at work based on a consensus of ethical ideas which satisfy the definition of decent work. Over and above this, the naturally-restricted mobility of the labour market requires globally-mobile markets such as the capital market to be effectively regulated in order to not push employment from the focus of the protection requirement.

We speak of decent work if

- human rights are respected,
- there is a broad social consensus on the regulation of work,
- the various qualitative components of human work are suitably remunerated (securing a livelihood, fair payment which is free of discrimination and in line with performance, qualifications and the tasks carried out),
- the labour market is protected against capital and product markets, and
- the fair design of the labour market and social security enables people to live in solidarity.

In this sense, trade unions and the Church will continue in their endeavours for decent work.

Annex: Further reading

Centesimus Annus

Encyclical on the hundredth anniversary of Rerum Novarum

John Paul II, 1991

http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_01051991_centesimus-annus_en.html

Europäische und Internationale Sozialpolitik

Vol. 5, May 2006

Published by: DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand,
Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik,
Postfach 110372, 10833 Berlin.

Globalisierung und Sozialer Fortschritt –

Die Rolle und Wirkung Internationaler Arbeitsnormen.

Dr. Werner Sengenberger

ISBN 3- 89892-406-8

Published by: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn

Youth: Pathways to decent work

International Labour Conference, 93rd Session 2005

International Labour Office, Geneva

ISBN 92-2-715373-X

ILO Publications, CH-1211 Genève 22, Switzerland

Compendium of the Social Doctrine of the Church

Pontifical Council for Justice and Peace

http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/justpeace/documents/rc_pc_justpeace_doc_20060526_compendio-dott-soc_en.html

Laborem Exercens

Encyclical on human work on the ninetieth anniversary of Rerum Novarum

John Paul II, 1981

http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/encyclicals/documents/

hf_jp-ii_enc_14091981_laborem-exercens_en.html

Decent work and the informal economy

International Labour Conference, 90th Session 2002
International Labour Office, Geneva
ISBN 92-2-712429-2
ILO Publications, CH-1211 Genève 22, Switzerland

Philosophical and spiritual perspectives on Decent Work

edited by Dominique Peccoud, 2005
ISBN 92-2-714155-3
ILO Publications, CH-1211 Genève 22, Switzerland,
Fax: +41 22 799 6938; E-Mail: pubvente@ilo.org

Gewerkschaftsjugend und G 8 2007:

„Gute Arbeit“ und Globalisierung

Soli extra – Newsletter of the Youth Organisation of the German Trade Union Federation, 3 April 2007
Published by: DGB Bundesvorstand, Bereich Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Managing transitions: Governance for decent work

International Labour Office, 7th ILO European Regional Meeting,
Budapest, February 2005
ISBN 92-2-716757-9
International Labour Office, ILO Publications, CH-1211 Genève 22, Switzerland

Work as Key to the Social Question – The Great Social and Economic Transformations and the Subjective Dimension of Work

Pontifical Council for Justice and Peace
ISBN 88-209-7380-4
Libreria Editrice Vaticana Vatican City 2002, 00120 Città del Vaticano
www.libreriaeditricevaticana.com